

**PROTOKOLL DER
105. LANDESDELEGIERTENKONFERENZ
VOM 11.05. BIS 13.05.2012
IM SALVADOR-ALLENDE-HAUS
IN OER-ERKENSCHWICK**

Freitag, 11.05.2012

17:23 Uhr

Begrüßung durch Joelle Möltgen und Hussein El-Bayari aus dem Landesvorstand. Der Landesvorstand und die Landesverbindungslehrer stellen sich vor und erläutern die Hausordnung. Außerdem wird erklärt, dass außerhalb der Tagesordnung Samstag nach dem Abendessen die Verabschiedung vom Landesverbindungslehrer Uwe Koopmann stattfindet.

Wahl des Tagespräsidiums:

Es werden Lennard Landsberg und Melina Velten vorgeschlagen. Beide werden einstimmig gewählt

Das Tagespräsidium begrüßt die Anwesenden und dankt für das ihnen entgegengebrachte Vertrauen.

Wahl der Zählkommissionen 1 und 2:

Es werden Anne-Kathrin Roßmüller, Moritz Junk und Marius Mehling für die Zählkommission 1 und Hadi Cha, Lydia Koundich und Rene Heesen für die Zählkommission 2 vorgeschlagen und einstimmig gewählt.

Beschluss der Tagesordnung:

Änderungsantrag des Landesvorstandes an die Tagesordnung auf Wunsch zweier BSV'en. Das Frauen- und Männerplenum wird vorgezogen, der Rechenschaftsbericht und die Entlassung des Vorstandes wird an die entsprechende Stelle am Samstag verschoben. Nach kurzer Diskussion mit wenigen Stimmen angenommen.

Genehmigung des Protokolls der 104. LDK
bei einer Enthaltung einstimmig genehmigt

Unterbrechung der Sitzung zum Abendessen um 17:53 Uhr

19:00 Uhr

Kurzes Plenum zur Aufteilung im Frauen- und Männerplenum und zur Aufteilung in der Workshopphase I zum Arbeitsprogramm
Frauen- und Männerplenum

20:00 Uhr

Workshopphase I zum Arbeitsprogramm

21:45 Uhr

Vertagung der Sitzung auf Samstag, 12.05.2012

Samstag, 12.05.2012

09:00 Uhr

Das Tagespräsidium begrüßt die LDK. Die Gruppen werden für die Workshopphase II zur Kampagne eingeteilt. Die Antragskommission wird aufgefüllt, da gewählte Personen nicht mehr anwesend sind. Simon Pohlmann, Rene Heesen und Katharina Niebergall werden einstimmig als Antragskommission eingesetzt.

09:14 Uhr

Workshopphase II zur Kampagne

11:04 Uhr

Rechenschaftsbericht des Landesvorstandes mit anschließender Aussprache.

Vorlesen des offenen Briefes der BSV Neuss und der Stadt-SV Kempen. Anschließend wird der offene Brief der BSV'en Steinfurt, Bonn, Köln, Essen, Bielefeld, Solingen und Bochum vorgelesen, der den offenen Brief der BSV Neuss und der Stadt-SV Kempen kritisiert.

11:46 Uhr GO-Antrag auf Generaldebatte zu den offenen Briefen (abgelehnt)

12:01 Uhr Antrag auf Änderung der Tagesordnung, nach dem Mittagessen den Punkt Aussprache fortzuführen (abgelehnt)

Der Vorstand wird entlastet entlassen (bei 14 Enthaltungen einstimmig)

Unterbrechung der Sitzung zum Mittagessen um 12:12 Uhr

13:07 Uhr

Vorstellen der anwesenden BündnispartnerInnen.

13:12 Uhr

Finanzbericht 2011 durch den Finanzsekretär

13:17 Uhr

Die BSV Gütersloh stellt die Probleme mit der Gemeinschaftsschule in Versmold dar.

13:21 Uhr GO Antrag auf Energizer (abgelehnt)

13:22 Uhr GO Antrag auf Rederecht für Gäste (ohne Gegenrede angenommen)

13:24 Uhr GO Antrag auf Wiedereröffnung der Aussprache (abgelehnt)

13:27 Uhr GO Antrag auf Energizer (zurückgezogen)

13:28 Uhr

Antragsberatung zu A01 Arbeitsprogramm

Ä01 (übernommen)

Ä02 (übernommen)

Ä03 (5j/25n/22e abgelehnt)

Ä04 (übernommen)

Ä05 (übernommen)
Kurze Pause von 5 Minuten

Ä06 (übernommen)

Ä07 (einstimmig)
Ä01 zu Ä07 streichen des Wortes „den“ im Ä07 (zurückgezogen)
Ä02 zu Ä07 das Wort „gegebenenfalls“ aus Ä08 in den Ä07 einfügen
(übernommen)

Ä08 (hinfällig da Ä07 angenommen)

Ä09 (in der geänderten Form angenommen)
Ä01 zu Ä09 den Antragstext ersetzen durch „Der Landesvorstand soll nicht nur die Gleichberechtigung der Geschlechter, die Behandlung des Themas Sexismus / sexuelle Gewalt sowie Rollenbilder in Schulen und Gesellschaft durch die Förderung des AK Gleichberechtigung und des AK Frauen bestärken, sondern auch die Akzeptanz von jeglicher Sexualität und Orientierung, die nicht in Widerspruch zu Menschenrechten und Tierschutz stehen, in der Gesellschaft besonders in der LSV gefördert wird. Hierfür soll der Landesvorstand eine klare Position gegen jegliche Homophobie und Intoleranz in jeglicher Richtung formulieren“ (angenommen)

Ä10 (hinfällig da Ä09 angenommen)

Ä11 (in geänderter Form übernommen)
Ä01 zu Ä11 (Übernommen)

14:30 Uhr GO Antrag auf Änderung der TO, die Antragsberatung auf 17:50 Uhr begrenzen und anschließend Grußworte von Jusos und JuPis zuzulassen.

Ä12 (32j, 0n/13e angenommen)
Ä01 zu Ä12 „IGGS“ ersetzen durch „zu Themen der LSV“ (Übernommen)

Ä13 (übernommen)
Ä01 zu geändertem Ä13 hinter „gegebenenfalls“ einfügen „und rechtzeitig“
(24j/weniger n/ angenommen)

Ä14 (übernommen)

Ä15 (15j/18n abgelehnt)

Abstimmung über das Arbeitsprogramm in der geänderten Fassung
(einstimmig bei 4 e angenommen)

15:02 Uhr GO Antrag auf Änderung der Tagesordnung, die Fortführung der Antragsberatung zum Arbeitsprogramm nach der Pause wird ersetzt durch die Antragsberatung zum Kampagnenfahrplan. (42j/6n/4e angenommen)

15:08 Uhr GO Antrag auf Änderung der Tagesordnung die Pause von 30 Minuten auf 45 Minuten zu verlängern (mit 2 Gegenstimmen angenommen)

15:10 Uhr

Die LDK vertagt sich auf 16 Uhr

16:05 Uhr

Beratung über A2 „Kampagnenfahrplan“

Ä01 (mehrheitlich abgelehnt)

A01 zu Ä01 Namen ändern in „Turboabi abschaffen“ (abgelehnt)

Ä02 (mehrheitlich angenommen)

16:21 Uhr GO Antrag auf Generaldebatte (angenommen)

Eröffnung der Generaldebatte 16:22 Uhr

17:01 Uhr GO Antrag auf Ende der Debatte (angenommen)

Schluss der Generaldebatte 17:03

Ä01 zu Ä02 „3%“ und „9%“ in „0,03%“ und „0,09%“ (übernommen)

Ä02 zu Ä02 Zeile 27 einfügen „in ihrer aktuellen Form“ (übernommen)

Ä03 zu Ä02 [in Zeile 51 einfügen: „Die LSV fordert, zur 13 Jahre dauernden Schulzeit bis zum Abitur zurückzukehren, da diese sinnvoller genutzt werden kann, einerseits durch die verstärkte Förderung von SchülerInnen, die in manchen schulischen Bereichen unterdurchschnittlich lernfähig sind, zum anderen durch das Setzen neuer Schwerpunkte, wie zum Beispiel das Vermitteln sozialer Kompetenz“

17:11 Uhr GO Antrag auf Änderung der Tagesordnung die Kampagnenfahrplan wieder auf ihren ursprünglichen Platz in der TO zurück zu schieben. (abgelehnt)

Ä03 zu Ä02 in neuer Form „ersetzen“ statt „streichen“ (übernommen)

Ä03 (hinfällig da Ä02 angenommen)

Ä04 (hinfällig da Ä02 angenommen)

Ä05 (hinfällig da Ä02 angenommen)

Ä06 (hinfällig da Ä02 angenommen)

Ä07 (übernommen)

Ä08 (übernommen)

Ä09 (übernommen)

Ä10 (übernommen)

Ä11 (übernommen)

Ä12 (bei vielen Enthaltungen knapp angenommen)

Abstimmung über den Kampagnenfahrplan in der geänderten Fassung
(mehrheitlich angenommen)

17:48 Uhr

Grußwörter der Jusos, JuPis und SDAJ

17:57

Awid wird in die Zählkommission 1 nachgezählt, Olea wird in die
Zählkommission 2 nachgewählt, da Personen ausgeschieden sind.

Unterbrechung der Sitzung zum Abendessen um 18:03 Uhr

19:05 Uhr

Feierliche Verabschiedung von Uwe

21:04 Uhr

Vorstellung der Aufgaben des Landesvorstandes mit anschließender
Kandidatenbefragung der kandidierenden SchülerInnen und LehrerInnen

02:30 Uhr

Vertagung der Sitzung auf Samstag, 13.05.2012, 9:00 Uhr

Sonntag, 13. Mai 2012

9:30 Uhr

Wahl von Landesvorstandsmitgliedern

Zur Wahl stehen:

Berit Paul (47j/1n/6e, gewählt)

Vanessa Katharina Seiffert (41j/5n/8e, gewählt)

Hussein El-Bayari (36j/7n/11e, gewählt)

Hannah Gnech (36j/8n/10e, gewählt)

Maurice Weinheimer (34j/7n/13e, gewählt)

Calle Weckerling (31j/2n/21e, gewählt)

Lukas „Lulu“ Lorenz (31j/6n/17e, gewählt)

Katharina Niebergall (27j/8n/19e, gewählt)

Elena Colmsee (22j/5n/27e, gewählt)

Johannes Trulsen (21j/12n/21e, gewählt)

Florian Hansen (18j/2n/34e, nicht gewählt)

Bekir Deliktas (11j/31n/12e, nicht gewählt)

9:50 Uhr

Wahl der LandesverbindungslehrerInnen

Der LaVo stellt den Antrag, die Wahl mit folgender Quotierung durchzuführen: x-1/2.

Antrag angenommen (38 Ja, 5, Gegenstimmen, 9 Enthaltungen).

Es werden drei LandesverbindungslehrerInnen gewählt.

Landesvorstand übernimmt den Antrag, die Wahlordnung bzgl. der LandesverbindungslehrerInnen und deren Quotierung zur nächsten LDK hin zu überarbeiten

Zur Wahl stehen:

Anke Venohr (51j/3n/0e, gewählt)

Ulrike Aghajaanpour (4j/27n/23e, nicht gewählt)

Uli Frerichs (52j/0n/2e, gewählt)

Felix von Hatzfeld (44j/8n/2e, gewählt)

Wahlgang 10:10 Uhr, geschlossen 10:12 Uhr

10:13 Uhr

Yinka Aranmolate und Paula Klattenhoff verabschieden sich mit einer Rede und langem Applaus aus der LSV Arbeit

10:23 Uhr

Antrag auf Vorverlegung der Wahl der Bundesdelegierte

Wahl der Bundesdelegierten:

Zur Wahl stehen:

Lea Meyer (41j/3n/5e, gewählt)

Jonathan Röder (22j/15n/12e, gewählt)

Lars Schmid (20j/8n/21e, gewählt)

Johannes Trulsen (19j/14n/16e, nicht gewählt)

Maurice Weinheimer (31j/5n/13e, gewählt)

Carolin Zottmann (34j/4n/11e, gewählt)

10:30 Uhr

Antragsberatung

Änderungsantrag Ä1 an A3

Ergänzend hinzufügen:

Zu diesem Zweck bildet die LSV unter der Verantwortung eines Landesvorstandsmitglieds eine Projektgruppe die aus Landesdelegierten, aktive SchülerInnen NRWs und Ehemaligen besteht und die spätestens 40 Tage vor der 107. Landesdelegiertenkonferenz einen ersten Entwurf vorlegt, der sich inhaltlich an dem bisherigen Grundsatzprogramm orientiert.

Ä1 an A3 übernommen.

10:50 GO-Antrag auf Generaldebatte - angenommen
11:02 GO-Antrag auf Ende der Debatte - abgelehnt
11:03 GO-Antrag auf Schließung der Redeliste – angenommen

A3 mehrheitlich abgelehnt

11:14 Uhr

Ulrike verabschiedet sich und wünscht der LSV viel Erfolg bei der Arbeit

11:19 Uhr

Wahl des Finanzausschusses
Rene Heesen zieht seine Kandidatur zurück
Zur Wahl stehen:
Carolin Zottmann (45j/2n/5e, gewählt)
Jonathan Röder (30j/15n/7e, gewählt)

11:23 Uhr

Antrag A4 in geänderter Form (Ä1 übernommen) angenommen.

11:25 Uhr

Antrag A5
Ä1 zu A5:
gesellschaftlich ersetzen durch gesellschaftswissenschaftlich
 geänderter A5 angenommen.

11:28 Uhr

Antrag A6 zurückgezogen

Zur nächsten LDK wird das Abkürzungslexikon des LaVos mit im LDK-Reader abgedruckt

11:30 Uhr

Vorstellung der Resolution R1
 Resolution angenommen

11:32 Uhr

S1 vom Antragsteller zurückgezogen
BSV Düsseldorf übernimmt diesen Antrag
GO-Antrag auf Generaldebatte – angenommen
11:48 Uhr GO-Antrag auf Schließung der Redeliste – angenommen

12:00 Uhr

Unterbrechung des Plenums zwecks Mittagessen

13:04 Uhr

Wiederaufnahme Plenum

13:14 Uhr

Stimmungsbild für LaVo-Kooptierungen

13:20 Uhr

Wiederaufnahme Antragsberatung S1

13:23 Uhr GO-Antrag auf Generaldebatte – angenommen

14:28 Uhr GO-Antrag auf Frauenplenum 14:45 - angenommen

14:31 Uhr GO-Antrag auf Redezeitbegrenzung auf 1:30 – abgelehnt

14:40 Uhr GO-Antrag auf Verlängerung der Generaldebatte –abgelehnt

14.45 Uhr

Frauenplenum

15.15 Uhr

Antragsberatung: S1 wurde vom Frauenplenum mit 2/3 Mehrheit abgelehnt und wird somit nicht befasst

Abschiedsrede SimonPohlmann, Rene Heesen und Christoph Hintermüller

Berit Paul dankt für den Landesvorstand den Landesverbindungslehrern, dem Landessekretariat, dem Tagespräsidium sowie allen Anwesenden für die schöne Landesdelegiertenkonferenz und verkündet, dass die 106. LDK vom 26.-28. Oktober 2012 an einem noch unbekanntem Ort stattfindet. Die Antragskommission für die 106. LDK wird von Mascha Wagemann, Peyman Iran Nejad, Bekir Deliktas von der LDK eingesetzt.

16:00 Uhr

Schluss der Konferenz

BESCHLOSSENE ANTRÄGE DER
105. LANDESDELEGIERTENKONFERENZ
DER
LANDESSCHÜLERINNENVERTRETUNG NRW
IM SALVADOR-ALLENDE-HAUS
IN OER-ERKENSCHWICK

ANTRÄGE:

**A1: Arbeitsprogramm der LandesschülerInnenvertretung NRW
2012/2013**

Basisarbeit

Basisarbeit ist der wichtigste Arbeitsbereich der LandesschülerInnenvertretung (LSV), da Interessensvertretung nur dann Sinn macht, wenn man diese Interessen auch kennt und mit seiner Basis im Austausch steht. Darum hält der Landesvorstand (LaVo) zu den schon bestehenden BezirkschülerInnenvertretungen (BSVen) mindestens einmal im Monat Kontakt, unterstützt diese bei ihren Projekten und gibt ihnen sowohl in inhaltlicher als auch in methodischer Hinsicht Hilfestellungen, falls diese gewünscht sind. Des Weiteren bemüht sich der LaVo darum, dass BSVen neu gegründet oder reaktiviert werden.

Um die Weiterbildung der BSVen zu fördern, führt der LaVo ein Seminar gemeinsam mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) durch. Auch werden Seminarangebote des DGB und des SV-Bildungswerkes (SV-B) auf der Homepage veröffentlicht, sodass die BSVen immer darüber informiert sind.

Die Kampagne ist ein großer Schwerpunkt in diesem Schuljahr, weswegen der LaVo eine Landesdelegiertenkonferenz (LDK) zu diesem Thema organisieren wird und auf jeder weiteren LDK, den Tagesordnungspunkt „Check Kampagne“ einbaut, wo die BSVen von ihrer Arbeit zur Kampagne erzählen und ihnen gegebenenfalls geholfen werden kann.

Der LaVo fördert die Vernetzung der BSVen untereinander durch das Vorantreiben oder Organisieren von LDK-Vortreffen, die dafür dienen, dass die BSVen sich inhaltlich auf die LDKen vorbereiten können oder auch gemeinsame Aktionen zur Kampagne durchführen. Basisarbeit muss sich ganz konkret damit beschäftigen, eine möglichst gleiche Repräsentation jeder Schulform in der LSV zu erreichen.

Um für die LSV NRW auf politischer Ebene eine handlungsfähige und fundierte Basis zu verbessern, fordert der LaVo in Gesprächen mit der

Landesregierung das allgemeinpolitische Mandat für Sven, BSVen und die LSV, die Rechtsstellung der LSV NRW im Schulgesetz des Landes NRW und Entlastungsstunden für BSV-Verbindungslehrer.

Öffentlichkeitsarbeit

Der Landesvorstand betreibt aktive Pressearbeit und gibt Stellungnahmen zu den Bildungspolitischen Debatten der Fraktionen raus. Außerdem hält er die Homepage aktuell, indem er diese Stellungnahmen und weitere Pressemitteilungen hoch lädt. Um die Transparenz zwischen LaVo und der LDK zu schaffen, schickt er jede Publikation auch durch den Landesdelegierten Verteiler (LaDel Verteiler). Zudem soll ein Newsletter nach jeder Landesvorstandssitzung (LaVoSi) auf der Homepage angeboten werden, der auch gleichzeitig auf sozialen Netzwerken (z.B. Facebook) veröffentlicht wird. Diese sozialen Netzwerke, in denen der LaVo aktiv ist, werden auch immer aktuell gehalten.

IGGS

In jedem Gespräch oder jeder Publikation des LaVos ist die Inklusive Ganztags Gesamtschule die Schulform, die die LSV NRW fordert! Der LaVo fördert einen bundesweiten Austausch zum Thema Inklusive Ganztags Gesamtschule. Das Bündnis „Eine Schule für Alle“ wird von dem Verantwortlichen oder der Verantwortlichen (oder einem Vertreter/einer Vertreterin) regelmäßig besucht. Darüber hinaus kooptiert der LaVo eine Person, die das Konzept für ein Video zum Thema, das im Schuljahr 2011-2012 entstanden ist, durchführt.

Bildungsstreik

Der Bildungsstreik war ein großes Thema im Schuljahr 2011-2012. Es ist nicht sicher, ob es dazu wieder Proteste geben wird. Deswegen beobachtet der LaVo aktuelle Entwicklungen, informiert darüber und reagiert gegebenenfalls. Die LSV unterstützt die bundesweite Aktionswoche um den 17. November zum Thema kostenlose Bildung. Dazu erarbeitet sie Material zur Unterstützung der BSVen für Aktionen und Veranstaltungen und Öffentlichkeitsarbeit (bspw. eine Pressemitteilung, ein Aufruf etc.) die gerade die Verknüpfung der Thematik mit der Kampagne der LSV hervorhebt.

Antifaschismus

Der LaVo informiert über Termine, sowie Naziaufmärsche in verschiedenen Städten oder antifaschistische Aktionstage, und nimmt gegebenenfalls daran teil. Auch nimmt er regelmäßig am NRW weiten „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ Treffen teil und setzt sich dafür ein, dass mehr Schulen eine SoR-SmC-Schule werden. Des Weiteren beschäftigt sich der LaVo weiter mit dem Thema „Stukenbrock“ und organisiert ein Seminar zu diesem Thema, dessen Planung bereits im

vergangenen Schuljahr angefangen hat. Der LaVo verfasst eine Resolution, die sich mit der Problematik beschäftigt, dass die Unterrichtsgestaltung nicht auf aktuelle und örtliche Begebenheiten Rücksicht nimmt. Der LaVo informiert über den historischen Hintergrund der Antifaschistischen Bewegung.

Abschiebung

Der LaVo verurteilt den Beschluss der Innenminister 10.000 Asylbewerber in den Kosovo abzuschicken. Er informiert auf LDKen und über den LaDel-Verteiler über solche Abschiebungen und koordiniert die Teilnahme der LSV an gegebenenfalls stattfindenden Protesten gegen jene Abschiebungen.

Sexismus/Sexualpädagogik

Der Landesvorstand soll nicht nur die Gleichberechtigung der Geschlechter, die Behandlung des Themas Sexismus / sexuelle Gewalt sowie Rollenbilder in Schulen und Gesellschaft durch die Förderung des AK Gleichberechtigung und des AK Frauen bestärken, sondern auch die Akzeptanz von jeglicher Sexualität und Orientierung, die nicht in Widerspruch zu Menschenrechten und Tierschutz stehen, in der Gesellschaft und besonders in der LSV fördern. Hierfür soll der Landesvorstand eine klare Position gegen jegliche Homophobie und Intoleranz in jeglicher Richtung formulieren

Religion & Schule

Die LSV NRW arbeitet in der nächsten Legislaturperiode aufgrund der abgestimmten Neufassung des Grundsatzprogrammes von der 104. LDK zum Punkt „kein Religionsunterricht an Schulen“, dies soll zunächst durch eine Resolution geschehen, welche verabschiedet werden soll.

Politische Kooperation

Damit die Interessen und Rechte der Schülerinnen und Schüler auch auf direkter politischer Ebene vertreten werden, steht der LaVo im Kontakt mit dem Ministerium und anderen schulpolitischen Verbänden. Darüber hinaus setzt er sich dafür ein, dass die LSV einen festen beratenden Sitz im Schulausschuss erhält.

Der LaVo steht im Austausch mit Bündnispartnern (z.B. DGB, SV-B) und beteiligt sich an Initiativen oder Kampagnen die, die Inhalte der LSV NRW als Thema haben. Der Landesvorstand bemüht sich um ein Treffen mit dem Landesverband Schulpsychologie NRW e.V., um eigene Positionen zu den Themen der LSV zu vergleichen und gegebenenfalls die Grundlage für eine gemeinsame Zusammenarbeit zu legen.

Werbung an Schulen und Kooperation mit Unternehmen

Der LaVo erstellt Informationsmaterial zur Kooperation von Schulen mit wirtschaftlichen Unternehmen (z.B. zu Sponsorin oder Public-Private-Partnership), da diese noch immer anhält und die meisten Schülerinnen und Schüler sich nicht bewusst darüber sind, wie viel Einfluss Unternehmen auf ihre Bildung im Moment haben.

SchülerInnen Rechte

Der LaVo unterstützt BSVen, falls Schülerinnen und Schüler in dieser Stadt unter Repressionen der Schulleitungen leiden (z.B. Elektronik-Verbot). Auch verbreitet er das schon vorhandene Material (z.B. SV-Rechtshandbuch), damit die Schülerinnen und Schüler über ihre Rechte aufgeklärt werden.

Allerdings gibt es noch immer Unklarheiten über die Auslegung verschiedener Gesetzestexte, weswegen der LaVo das Ministerium in Gesprächen dazu auffordert rechtliche Klarheit zu schaffen (z.B. beim Einzug von persönlichen Gegenständen). Darüber hinaus verfasst der LaVo eine Resolution zum Thema „Rechte der SchülerInnen“.

Aktuelle Politik

Der LaVo achtet auf die politische Entwicklung und reagiert gegebenenfalls und rechtzeitig darauf, sofern sie die Schülerinnen und Schüler betreffen.

Migration

Gleichberechtigung muss auch für MigrantInnen erreicht werden. Es werden Wege gesucht, Migrantinnen angemessen in der LSV zu repräsentieren.

**beschlossen auf der 105. LDK in Oer-Erkenschwick, 11.-13. Mai
2012**

A2: Kampagnenfahrplan: Gute Nacht G8!

Ausgangssituation:

Bereits bei der Einführung des 12jährigen Abiturs im Jahr 2004 hat die LandesschülerInnenvertretung vor den negativen Auswirkungen der verkürzten Schulzeit gewarnt. Diese Befürchtungen sind nun, nachdem die ersten G8-Jahrgänge die Oberstufe erreicht haben und uns im kommenden Jahr der doppelte Abiturjahrgang bevorsteht, nachweislich eingetreten.

In den vergangenen Jahren hat sich vor allem durch G8 der bereits vorhandene Leistungsdruck auf SchülerInnen erhöht. Die Folge ist u.a. ist ein stark erhöhtes Aufkommen psychischer Erkrankungen. Anstatt die Lehrpläne den geänderten Bedingungen anzupassen, wurde die tägliche Stundenzahl an den Schulen so weit erhöht, dass den SchülerInnen ihre persönliche Freiräume für Freizeitaktivitäten und ehrenamtliches Engagement genommen wurden. Die Ausgestaltung des Ganztagsunterrichts in ihrer aktuellen Form verbaut diese Freiräume noch weiter. Anstatt den SchülerInnen zu ermöglichen, wirklich etwas für ihr Leben zu lernen, sorgt das aktuelle G8-System für dauerhaften Stress, der sich bis auf die Familien der SchülerInnen auswirken kann. Die SchülerInnen lernen nur noch für bestimmte Arbeiten, schaffen es aber zeitlich nicht, den gelernten Stoff brauchbar zu verarbeiten.

Hinzu kommen mangelnde Ernährungsmöglichkeiten. Um einen langen Schultag gesund und konzentriert bestehen zu können, muss die Möglichkeit gegeben sein, in angemessen langen Pausen gesunde Lebensmittel zu erhalten. Doch leider haben viele Schulen keine Mensa, sodass die SchülerInnen schnell zu Fastfood greifen, um nicht ihre Pause mit langen Wegen zu verschwenden. Selbst an den Schulen, die bereits eine Mensa gebaut haben, ist die flächendeckende Ernährung der SchülerInnen nicht gewährleistet. Häufig gibt es zu wenig Essen, das für einen nicht unerheblichen Teil der SchülerInnen auf Dauer unbezahlbar ist. Diese Entwicklung schafft soziale Selektion. Die Schule, die inzwischen für alle SchülerInnen durch den Ganztags zu ihrem Haupt-Lebensraum geworden ist, ist durch solche Auswirkungen kein Ort, an dem man sich mit Freude aufhält.

Auch der Übergang für SchülerInnen aus Haupt- und Realschulen wird durch die aktuelle G8-Form stark erschwert. Die Gymnasien können, bedingt durch den unterschiedlichen Zeitplan der Unter- und Mittelstufen nicht genügend Plätze für die nachkommenden SchülerInnen anderer Schulformen gewährleisten. Die führt dazu, dass immer weniger SchülerInnen aus Haupt- und Realschulen das Abitur anstreben können. Während aus den G9-Jahrgängen noch durchschnittlich 0,9 % aller SchülerInnen dieser Schulformen in die gymnasiale Oberstufe wechselten und ihr Abi abschlossen, hat sich die Zahl im ersten G8-Jahrgang drastisch auf nur noch 0,3% reduziert.

Ziel der Kampagne:

Die LSV fordert zur 13 Jahre dauernden Schulzeit zurückzukehren, da diese sinnvoller genutzt werden kann, einerseits durch die verstärkte Förderung von SchülerInnen, die in manchen schulischen Bereichen unterdurchschnittlich lernfähig sind, zum anderen durch das Setzen neuer Schwerpunkte, wie zum Beispiel das Vermitteln sozialer Komponenten.

Darauf aufbauend wollen wir, die SchülerInnen Nordrhein-Westfalens, eine schrittweise Umsetzung einer für uns idealen Schule. Diese sehen wir im Konzept der Inklusiven Ganztags Gesamtschule (IGGS).

Die Schritte in Richtung dieser idealen Schulform dürfen nicht mithilfe gegenteiliger Kompromisse, wie zum Beispiel der Forderung einer Rückführung zu G9, erreicht werden.

Weiterhin ist es Ziel der Kampagne, die Gesellschaft über die vielen negativen Auswirkungen von G8, wie beispielsweise das erhöhte Aufkommen psychischer Erkrankungen von SchülerInnen.

Um die Situation bereits jetzt auch für die aktuellen G8-Jahrgänge zu verbessern, muss in die Schule zu einem gesunden und brauchbaren Lebensraum für SchülerInnen werden. Diese Veränderung beinhaltet eine schülerInnengerechte Umsetzung des Ganztagskonzept. Hierzu bedarf es angenehmer Aufenthaltsmöglichkeiten in der Schule, Arbeitsgemeinschaften zu schülerInnenrelevanten Themen sowie einer fachlich geschulten Nachmittagsbetreuung. Weiterhin muss der Ausbau von Mensen an den Schulen massiv vorangetrieben werden, um einen physisch und psychisch gesunden Schulalltag gewährleisten zu können. Sämtliche Angebote müssen von den SchülerInnen kostenfrei in Anspruch genommen werden können, um soziale Selektion zu vermeiden.

Um weiterhin eine Überforderung der SchülerInnen zu vermeiden, müssen die Lehrpläne grundsätzlich überarbeitet werden. Darüber hinaus muss es für SchülerInnen mit einem qualifizierenden Haupt- oder Realschulabschluss ein Recht auf einen Oberstufenplatz geben. Die Schulen müssen bei der Umsetzung dieses Rechts unterstützt werden.

Bei der Ausgestaltung dieser neuen Alternativkonzepte zu G8 müssen die SchülerInnen NRWs eingebunden werden.

Kampagnenfelder und Durchführung:

Arbeit des Landesvorstandes:

- zukünftiger LaVo: Die 106. LDK soll die Kampagne als Schwerpunkt haben. Die 107. LDK soll einen anderen Schwerpunkt haben, aber einen Kampagnen-Check durchführen und sich auf die Kampagne auch anderweitig beziehen.
- Auf der 106. LDK muss die zentrale Kampagnen-Resolution vorliegen.
- Die BSVen müssen während der Kampagne mit Aktionsideen, genereller Unterstützung, dem Fahrplan, einer Resolution in Stichpunkten, welche die grundlegende Argumentation wiedergibt, begleitet werden. Mit den BSVen in Kontakt zu stehen und auch einen Workshop G8 – on Tour für die BDKen anzubieten ist eine weitere Aufgabe.
- verstärkte Pressearbeit.
- Möglichst jede(r) aus dem Landesvorstand sollte ein Experte zu dem Kampagnenthema sein, eventuell auch durch eine Fortbildung.
- Kooperationspartner für die Kampagne finden, wie Elternverbände, LehrerInnen(-gewerkschaften), Verbände von Schulpsychologen oder den Landesjugendring
- Landesweite Aktionen planen und für deren Durchführung sorgen
- Material erstellen und dieses über das Internet, die Post und LDKen publizieren
- Der Landesvorstand sucht offensiv das Gespräch mit dem Ministerium für Schule und Weiterbildung und versucht die Forderungen in den Ausschuss für Schule und Weiterbildung im Landtag hinein zu tragen.

Material:

Materialien unterstützen die Außenwirkung der Kampagne, aber vor allem die BSVen und Aktionen mit der nötigen Argumentationsgrundlage.

- Eine eigene Kampagnenhomepage und eine Facebook Seite soll bis Anfang der Sommerferien erstellt werden.
- Plakate, Sticker und Buttons müssen während der Sommerferien in einem einheitlichen Design mit Wiedererkennungswert erstellt werden.
- Ein Faltblatt mit dem Aufruf als Grundlage muss bis Anfang Oktober gedruckt sein.
- Eine Powerpoint-Präsentation, die auf der HP und den Landesdelegiertenverteiler verbreitet wird, muss bis zum 01.09.2012 fertig sein.

- Ein Film (ca. 15-20 Minuten) soll auch auf die HP und den BSVen zur Verfügung gestellt werden.
- Gegebenenfalls sollen noch T-Shirts erstellt werden.

Aktionen:

- Es soll an einem Tag einen Flash Mob in den Städten jeder BSV an ca. 3-4 Schulen zum Thema „G8 abschaffen“ stattfinden.
- Es soll eine Podiumsdiskussion veranstaltet werden.
- Es soll eine große Abschlussdemo in Düsseldorf vor dem Landtag veranstaltet werden.
- Es soll ein Fash Mob vor dem Landtag stattfinden.

Arbeit der BSVen:

Die BSVen werden aufgefordert sich an der Kampagne zu beteiligen - nur so kann die erforderliche Breite und Schlagkraft entstehen. Landesweite Kampagnen sind nur dann sinnvoll, wenn sie auch von der Basis getragen werden und von den Schülerinnen und Schülern NRWs mitgestaltet werden.

Den BSVen wird empfohlen

- Informationsmaterial anzufordern, zu diskutieren & an SchülerInnen weiter zu geben; dies könnte unterstützt werden durch:
 - o Podiumsdiskussionen
 - o Arbeitskreisen an Schulen
- Werbung und Material der LSV zu verbreiten und den LaVo bei Aktionen aktiv zu unterstützen, Informations- und Diskussionsworkshops zur Kampagne auf BDKen durchzuführen. Dazu erarbeitet der Landesvorstand eine Handreichung zur Unterstützung der BSVen.

grober Zeitplan:

1. Unterstützung der BSVen: immer
2. Öffentlichkeitsarbeit: immer
3. Materialerstellung bis zur 106. LDK
4. Vorbereitung der 106. (Kampagnen) – LDK bis Oktober 2012
5. Planung und Durchführung von Aktionen ab Oktober 2012 – Mai 2013

6. Zwischencheck auf der 107. LDK

Kampagnen Höhepunkt (Demonstration): Frühjahr 2013

A4: Verpflichtender Politikunterricht in der Sekundarstufe I

Die LDK möge beschließen, dass die LSV NRW sich dafür einsetzt einen durchgehenden verpflichtenden Politikunterricht in der Sekundarstufe I einzuführen. Im Zuge dessen sollen die aktuellen politischen Geschehnisse veranschaulicht und kritisch diskutiert werden, um so bei den SchülerInnen ein politisches Grundverständnis zu wecken. Des Weiteren sollen verschiedene politische Systeme diskutiert, politische Grundkenntnisse vermittelt und Zusammenhänge zwischen Politik und Wirtschaft besprochen werden

A5: Wahlmöglichkeit eines gesellschaftswissenschaftlichen Zweiges

Die LDK möge beschließen, dass die LSV NRW sich dafür einsetzt, neben dem bereits existierendem sprachlichen Zweig, sowie dem naturwissenschaftlichem Zweig, auch die Wahl eines gesellschaftswissenschaftlichen Zweiges zu ermöglichen. Im Zuge dessen soll die bestehende Benachteiligung der gesellschaftlich interessierten Schülerschaft vermieden werden.

RESOLUTIONEN

R1: Keinen Konsens für Nonsens

Im Herbst 2011 beschloss die damalige rot-grüne Landesregierung mit den Stimmen der CDU den sogenannten Schulkonsens. Dieser beinhaltet neben vielen kleineren Reformen die Einführung einer neuen Schulform, die Sekundarschule.

Die Sekundarschule soll ab dem nächsten Schuljahr neben den bisherigen fünf Regelschulen in NRW Kinder der Sekundarstufe I aufnehmen. Sie besitzt keine eigene Oberstufe und ersetzt auch keine der bisherigen Schulformen.

Angeblich sollen auf ihr alle Kinder länger und vor allen Dingen inklusiv lernen. SPD und Grüne behaupten deswegen in der Öffentlichkeit gerne die Sekundarschule sei „eine Schule für alle“.

Zuerst ist festzuhalten, dass es sich bei der Sekundarschule keinesfalls um „eine Schule für alle“ handelt. Dies würde nämlich voraussetzen, dass die Mehrgliedrigkeit unseres Schulsystems abgeschafft worden wäre. Tatsächlich bleibt mit dem Schulkonsens die Mehrgliedrigkeit des Schulsystems in NRW in der Landesverfassung verankert. Dies war, ebenso wie das Versprechen zwölf Jahre keine weitreichenden Schulreformen mehr vorzunehmen, ein Zugeständnis der damaligen Regierungsparteien an die CDU, auf deren Stimmen sie meinte, angewiesen zu sein.

Auch die Inklusion ist laut dem neuen Gesetz für die neuen Sekundarschulen nicht verpflichtend, obwohl diese seit 2008 laut Beschluss der UN zu den Menschenrechten zählt.

Die Folgen sind klar: Das Gymnasium existiert weiter und die Selektion nach Bildungsgewinnern und Bildungsverlierern bleibt erhalten. Daran ändert auch das angeblich längere gemeinsame Lernen nichts. Ohnehin gibt es dieses quasi nicht. Verpflichtend ist für Schulen nämlich nur, die ersten beiden Jahre im Klassenverband zu unterrichten, danach darf konsequent weiter selektiert werden, die schon in der Grundschule ihren Anfang findet.

Mit dem Schulkonsens entfernt sich das Schulsystem in NRW noch mehr von dem Ideal einer gerechten Bildungslandschaft. Deswegen fordert die LSV weiterhin die Inklusiv Ganztags Gesamtschule (IGGS) und keinen „Nonsens Konsens“!